

Beschlußempfehlung und Bericht **des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)**

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 14/186 –

Privatisierung von Bundesbeteiligungen

hier: Veräußerung der Geschäftsanteile an der Heimstätte Rheinland-Pfalz GmbH,
Organ der staatlichen Wohnungspolitik, Mainz

A. Problem

Die Bundesregierung hat gemäß § 65 Abs. 7 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) bei Veräußerung von Bundesanteilen an Unternehmen als Regelfall die Einwilligung des Deutschen Bundestages und des Bundesrates einzuholen, wenn die Anteile besondere Bedeutung haben und die Veräußerung im Haushaltsplan nicht vorgesehen ist. Bei Vorliegen zwingender Gründe kann an die Stelle der vorherigen Zustimmung die alsbaldige nachträgliche Unterrichtung gemäß § 65 Abs. 7 Satz 2 BHO treten.

B. Lösung

Der Haushaltsausschuß empfiehlt, von der Unterrichtung über die Veräußerung der Geschäftsanteile an der Heimstätte Rheinland-Pfalz GmbH, Organ der staatlichen Wohnungspolitik, Mainz, Kenntnis zu nehmen.

Einvernehmliche Kenntnisnahme im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

von der Unterrichtung durch die Bundesregierung über die Veräußerung der Geschäftsanteile an der Heimstätte Rheinland-Pfalz GmbH, Organ der staatlichen Wohnungspolitik, Mainz, auf Drucksache 14/186 gemäß § 65 Abs. 7 Satz 2 BHO Kenntnis zu nehmen.

Bonn, den 24. März 1999

Der Haushaltsausschuß

Adolf Roth (Gießen)
Vorsitzender

Peter Jacoby
Berichterstatter

Hans Georg Wagner
Berichterstatter

Oswald Metzger
Berichterstatter

Dr. Günter Rexrodt
Berichterstatter

Dr. Uwe-Jens Rössel
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Peter Jacoby, Hans Georg Wagner, Oswald Metzger, Dr. Günter Rexrodt und Dr. Uwe-Jens Rössel

I.

Der Deutsche Bundestag hat die Unterrichtung der Bundesregierung, zugeleitet mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 25. November 1998 – II A 3 – 7656 – 5/98 –, gemäß § 65 Abs. 7 Satz 2 BHO auf Drucksache 14/186 mit Sammelüberweisung Drucksache 14/305 vom 21. Januar 1999 federführend dem Haushaltsausschuß und mitberatend dem Ausschuß für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen überwiesen.

II.

Der Ausschuß für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat in seiner 8. Sitzung am 3. März 1999 die Vorlage auf Drucksache 14/186 zur Kenntnis genommen.

III.

Der Haushaltsausschuß hat die Vorlage in seiner 15. Sitzung am 24. März 1999 beraten und beschlossen, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, von der Veräußerung entsprechend dem Antrag auf Drucksache 14/186 Kenntnis zu nehmen.

Bonn, den 24. März 1999

Peter Jacoby
Berichterstatter

Hans Georg Wagner
Berichterstatter

Oswald Metzger
Berichterstatter

Dr. Günter Rexrodt
Berichterstatter

Dr. Uwe-Jens Rössel
Berichterstatter